

Betreibt man in Deutschland genug Sozialwissenschaft?

Acht Jahre nach Kriegsende versammelten sich in Köln etwa 150 deutsche Sozialwissenschaftler, um sich, als maßgebende Vertreter von Kultusministerien, Universitäten, Hoch- und Fachschulen, höheren Schulen und Volksschulen, über den augenblicklichen Stand des sozialwissenschaftlichen Unterrichts in Deutschland zu informieren und über seine künftige Gestaltung zu beraten¹⁾. Es zeigte sich leider — und deshalb müssen wir hier auf die äußerst wichtigen Probleme, die diese Tagung aufwarf, zu sprechen kommen —, daß die Sozialwissenschaften im deutschen Unterrichtssystem, aus dem sie in der Hitlerzeit so gut wie verbannt waren, heute keinesfalls den ihnen gebührenden Platz einnehmen.

Aufgabe der Sozialwissenschaften — die den Menschen in seiner sozialen Gebundenheit in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen — soll es sein, Brücken zu schlagen zwischen Natur- und Geisteswissenschaft, zwischen Mensch und Technik. Ihr Ziel ist es, über das bloße Aufdecken und Analysieren sozialer Zusammenhänge hinaus zu echtem Verstehen der Menschen untereinander beizutragen.

Diese bedeutende Position der Sozialwissenschaften im System der Wissenschaften ist bis heute, trotz weitgehender Anerkennung, immer wieder Gegenstand heftigster, oft von politischen Rücksichten bestimmter Auseinandersetzungen geblieben. Wieviel jedoch die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre zum Verständnis und zur Lösung der „Arbeiterfrage“ beigetragen haben — es sei nur an die Kathedersozialisten und den „Verein für Sozialpolitik“ erinnert —, weiß niemand besser zu beurteilen als die organisierte Arbeiterschaft selbst.

Der Arbeiter hat nichts zu verbergen. Das war von jeher so. Wer sich also mit ihm als Menschen, nicht nur als Produktionsfaktor, beschäftigt, sei es nun wissenschaftlich oder nur informatorisch, der kann ihm dadurch, daß er seine Situation erkennen und verstehen lernt, letztlich immer nur nutzen. Es ist daher ein berechtigtes und unmittelbares Anliegen der gesamten Arbeitnehmerschaft, darauf hinzuwirken, daß die Sozialwissenschaften in Forschung und Unterricht an den deutschen Bildungsinstituten immer mehr vertieft und einem wachsenden Schülerkreis zugänglich gemacht werden.

Was geschah nun nach 1945, um dem durch gemeinsame Not und gemeinsamen Aufbau wesentlich geförderten sozialen Empfinden auch auf den Lehrstühlen der Universitäten, den Stundenplänen der Volksschulen und in den Arbeitsräumen der Berufsschulen die notwendige Basis zu verschaffen? Nach Meinung der Kölner Konferenzteilnehmer, die für ein solches Urteil kompetent sein dürften, geschah viel zu wenig. Heute, 1953, nachdem die Welle der Nachkriegs-Solidarität verebbt ist, bemüht man sich angestrengt, verlorenes Terrain zurückzugewinnen und den Platz der Sozialwissenschaften im Unterrichtswesen mühsam mit Ministerien und Verwaltungsstellen auszuhandeln. Wieweit diese Bemühungen Erfolg haben, bleibt abzuwarten. *Leopold von Wieses* seit 1948 immer wieder vergeblich erhobene Forderung, zunächst wenigstens an einer deutschen Universität eine selbständige sozialwissenschaftliche Fakultät einzurichten, zeigt die geringe Aufgeschlossenheit unserer Universitäten in dieser Frage. In anderen Ländern sind solche Fakultäten längst eine Selbstverständlichkeit²⁾.

Welchen Platz haben demnach die Sozialwissenschaften an unseren Universitäten?³⁾ Sie sind — bis auf wenige Ausnahmen — im allgemeinen nur ein Anhängsel anderer Fakultäten und müssen sich, besonders in der häufigsten Kombination mit den Wirt-

1) Vgl. Bericht der „Konferenz über die Gestaltung des Unterrichts in den Sozialwissenschaften“, vom 6. bis 8. März 1953 in der Universität Köln (72 S.). Die Tagung, unter Vorsitz von Leopold v. Wiese, erfolgte auf Einladung der „Deutschen Gesellschaft für Soziologie“.

2) L. v. Wiese, Der Plan einer sozialwissenschaftlichen Fakultät, Neue Folge der Kölner Zeitschr. f. Soziologie, 1. Jg. (1948) H. 2.

3) Vgl. R. Becker, Gewerkschaften und Hochschule, Gewerkschaftliche Monatshefte, September 1952 und U. Lohmar, Gewerkschaften und Hochschulpolitik, Gewerkschaftliche Monatshefte, Dezember 1952.

schaftswissenschaften, einem sehr umfangreichen, ihnen oft wenig dienlichen Prüfungssystem einordnen. Für den sozialwissenschaftlich interessierten Studenten, der später etwa einmal Sozialberater, Fürsorger, Betriebssoziologe, Berufsberater, Arbeiterbildner oder ähnliches werden will, bestehen daher zur Zeit in Deutschland kaum Möglichkeiten, sich einem rein sozialwissenschaftlichen Studium mit entsprechendem Abschluß zu widmen. Man zwingt ihn vielmehr, durch das Übergewicht, das andere, sozialwissenschaftsfremde „Pflichtfächer“ in den Prüfungsordnungen einnehmen, eine gründliche Ausbildung in seinem eigentlichen Interessenbereich zu vernachlässigen und Fächer wie „Soziologie“, „Sozialpolitik“ u. a. praktisch nur noch als Nebenfächer zu betreiben. Diesem Bild stellt sich die Besetzung des Lehrkörpers würdig an die Seite. Auf dem gesamten Gebiet der Sozialwissenschaften (einschließlich der Politischen Wissenschaft!) waren im Wintersemester 1952/1953 an den 15 westdeutschen Universitäten nur 71 Professoren, Dozenten und Lehrbeauftragte tätig. Eine Zahl, die kaum dem Lehrkörper der Medizinischen Fakultät der Freien Universität Berlin entspricht. Einige Universitäten haben keinerlei sozialwissenschaftliche Institute oder Seminare. Es heißt, daß an diesen Universitäten die Stundenzahl sozialwissenschaftlicher Kollegs je Woche nicht über vier hinauskommt⁴).

Als günstig zu beurteilen sind die Verhältnisse nur an wenigen Universitäten, in Frankfurt, in Köln und besonders in Berlin⁵). Die erst 1948 aus so freiheitlichem Geist heraus begründete „Freie Universität Berlin“ bot, wie *Otto Stammer* darlegte, die Chance einer großzügigeren Besetzung sozialwissenschaftlicher Fächer. Ein 1951 mit der „Deutschen Hochschule für Politik“ geschlossener Vertrag, der den Studierenden die Möglichkeit verschafft, gleichzeitig an beiden Lehrinstituten zu studieren und Examina abzulegen, trug darüber hinaus noch zu einer beträchtlichen Erweiterung sozialwissenschaftlicher Ausbildung bei. Es heißt, daß in Berlin die Verabschiedung einer Prüfungsordnung für „Diplom-Soziologen“ unmittelbar bevorsteht. Insofern darf wohl auch angenommen werden, daß die Berliner Erfahrungen auf die Ergebnisse der Konferenz, die den Ministerien, Universitäten und Schulleitungen unterbreitet wurden, nicht ohne Einfluß geblieben sind.

Was muß nun der angehende öffentliche oder private „Sozialbeamte“ studieren, wenn er — gemäß dem auf der Konferenz erarbeiteten Studienplan — den Grad eines Diplom-Soziologen erwerben will? Im Vordergrund seines Studiums stehen in jedem Fall, ganz gleich, ob er eine philosophische, eine juristische oder eine wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät besucht, Allgemeine und Spezielle Soziologie (letztere meistens mit dem Berufsziel zusammenhängend). Daneben werden Empirische Sozialforschung (verbunden mit praktischen Untersuchungen), Politische Wissenschaft, Grundkenntnisse in Wirtschaft und Recht, Psychologie und Statistik verlangt. Außerdem sind Wahlfächer vorgesehen (z. B. Sozialgeschichte, Arbeitsrecht u. a.). Es ist selbstverständlich, daß dieser Konferenzbeschluß über die Vereinheitlichung des sozialwissenschaftlichen Studiums und die Schaffung eines „Diplom-Soziologen“ sehr weitgefaßt ist, um den unterschiedlichen Voraussetzungen an unseren Universitäten Rechnung zu tragen.

Neben diesen leider nur an einigen Universitäten kurz vor der Verwirklichung stehenden Plänen zu einem einheitlich regelten sozialwissenschaftlichen Studiengang mit einem dem „Diplom-Volkswirt“ oder „Diplom-Ingenieur“ entsprechenden eigenen Abschluß, gibt es eine Reihe anderer Hochschulen, die eine vergleichbare Ausbildung bereits ermöglichen.

4) Dr. K. G. Specht, Die Entwicklung an den westdeutschen Universitäten und

5) Prof. Dr. O. Stammer, Der Unterricht an der Freien Universität Berlin und an der Deutschen Hochschule für Politik. (Beides im Konferenzbericht.)

BETREIBT MAN IN DEUTSCHLAND GENUG SOZIALWISSENSCHAFT ?

Hier sind in erster Linie zu nennen: die „Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft“ in Wilhelmshaven-Rüstersiel, die „Akademie für Gemeinwirtschaft“ in Hamburg und die „Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ in Nürnberg. In zweiter Linie gehören hierzu die sozialwissenschaftlich stark orientierten Politischen Hochschulen in München und Berlin sowie die „Akademie für Verwaltungswissenschaften“ in Speyer und die „Wirtschaftshochschule“ Mannheim. Es handelt sich hier im allgemeinen um Hochschulen, die entstanden, „weil die traditionellen Formen des wissenschaftlichen Organisationswesens in den herkömmlichen Universitäten recht wenig dem Geist (entsprechen), aus dem heraus Sozialwissenschaften leben und sich allein produktiv entfalten können“⁶⁾.

Die Voraussetzungen für den Besuch dieser Hochschulen sind sehr unterschiedlich. In einigen Fällen wird die Hochschulreife (Abitur) nicht verlangt, in anderen (z. B. in Speyer) muß ein bereits durchgeführtes Studium nachgewiesen werden. Ebenso starke Differenzen ergeben sich in Studiengang, Studiendauer und eventuellen Abschluß-Examina. Viel Beachtung fanden in jüngster Zeit die „Akademie für Gemeinwirtschaft“ und das dem amerikanischen College-System verwandte „Experiment“ in Wilhelmshaven. Die Hörer der Hamburger Akademie kommen (für 2 Jahre) aus ihrem Berufsleben, vielfach aus Genossenschaften, Gewerkschaften usw. Sie studieren deshalb mit besonderer Zielstrebigkeit, weil sie wissen, was man in der Praxis braucht. Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft geht einen anderen Weg. Sie zieht junge, begabte Menschen zu sich heran, bereitet sie in ihrem „Hochschuldorf“ mitunter erst auf die Hochschulreife vor und vermittelt ihnen dann, in engem Kontakt untereinander und mit den Lehrern, jene „Einheit soziologischen, ökonomischen und juristischen Wissens“, die die Studenten zu „allgemeingebildeten, im Geist der Toleranz und in der Praxis des Gemeinschaftslebens herangewachsenen Menschen“ erziehen soll. Als Studienabschluß wird — nach 3 1/2 Jahren — der „Diplom-Sozialwirt“ verliehen.

Auf das Studium der Sozialwissenschaften an den Politischen Hochschulen brauchen wir hier nicht einzugehen, da auf die Stellung der Politischen Wissenschaft im Bereich der Sozialwissenschaften bereits hingewiesen wurde. Allgemein kann hier gesagt werden, daß eine Tendenz, die Errichtung politikwissenschaftlicher Lehrstühle gegenüber soziologischen zu begünstigen, unverkennbar ist. Trotzdem meint *Günter Olzog*⁷⁾, indem er den Königsteiner Konferenzbericht von 1950 „Über Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik“ mit dem heutigen Stand vergleicht, daß man nicht wisse, „ob man Fortschritte oder Rückschritte feststellen soll“. Olzog setzt sich lebhaft dafür ein, daß die Universitäten, wenn sie sich die Freiheit der Forschung und Lehre erhalten wollen, alles tun müßten, um nicht wieder nur „Spezialisten in goldenen Käfigen“ zu züchten. Es läge im „ureigensten Interesse der Universitäten, sich an der Existenz freier freien Gesellschaft zu engagieren. Werden die Chancen zu einer Gesellschaft freier Menschen endgültig verpaßt, so geht es auch mit der Universität über kurz oder lang zu Ende.“ Die Vergleiche, die Olzog in seiner Arbeit zwischen deutschen und ausländischen Verhältnissen anstellt, geben sehr zu denken, zeigen sie doch, wie sehr das Funktionieren demokratischer Einrichtungen in England, den USA und den nordischen Ländern mit breit angelegten politik- und sozialwissenschaftlichen Unterrichtssystemen parallel läuft.

Wir haben hiermit schon das Gebiet der eigentlichen Fachausbildung für künftige Sozialbeamte und Politiker verlassen, in der Erkenntnis, daß es nicht genügt, nur die Fachleute zu schulen, um das soziale Klima in unserer Gesellschaft zu verbessern. Wie weit wird der sozialwissenschaftliche Unterricht heute also auch auf andere Ausbildungsstätten und Berufszweige ausgedehnt? Ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse und

6) Vgl. W. Ziegenfuss, Die Sozialwissenschaften an anderen Hochschulen, im Bericht der Kölner Konferenz.

7) G. Olzog, Das Studium der Politischen Wissenschaften im In- und Ausland, München, 1953.

besonders die Prüfungsordnungen der Technischen Hochschulen ist wenig ermutigend. Es muß hier ernsthaft die Frage gestellt werden, ob künftige Techniker, Betriebsleiter und Unternehmer, neben der Aneignung von Fachwissen, auf ihre eigentliche Lebensaufgabe, die Menschenführung, genügend vorbereitet werden. „Die Sozialwissenschaften sind gerade auf jenen Hochschulen am wenigsten vertreten, deren Forschungs- und Lehrgegenstände in der neueren Zeit am meisten als gesellschaftliche Erscheinungen problemreif geworden sind“ (*Ziegenfuß*).

Kaum besser zu beurteilen ist das Problem von seiner pädagogischen Seite her. Die Ausbildung des künftigen Lehrernachwuchses läuft weiter in alten Bahnen. Ist es noch zu verstehen, daß das Gros angehender Studienreferendare, die in Bälde als Erzieher an höheren Schulen unterrichten werden, vier bis fünf Jahre lang so studiert, als befänden sie sich in der Goethezeit und nicht im 20. Jahrhundert? Hier erscheint eine gründliche Studienreform, eine Anpassung an die Lebensbedingungen in der modernen Gesellschaft, dringend erforderlich. Es ist unmöglich, daß künftige Lehrer nicht verpflichtet sind, sich in Kursen und Lehrgängen rechtzeitig ein genaues Bild von Leben und Arbeit der Eltern ihrer Schüler zu verschaffen.

An den insgesamt 28 Pädagogischen Akademien, Hochschulen und Instituten Deutschlands, die den Lehrernachwuchs für die Volks- und Mittelschulen heranbilden, spielen die Sozialwissenschaften, vielfach aus Mangel an geeigneten Lehrkräften, gleichfalls nicht immer die ihnen angemessene Rolle⁸⁾. Allerdings • wird die Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Schulung künftiger Erzieher hier allgemein anerkannt. Gerade der Lehrer muß heute in der Lage sein, Probleme des menschlichen Zusammenlebens zu erkennen und zu deuten sowie gemeinschaftsfördernde Unterrichtsmethoden (Spiele, Ausflüge, Teamwork) anzuwenden. Sozialpädagogik, Sozialpsychologie, Soziale Volkskunde und ähnliche Fächer sind daher unerläßliche Bestandteile der Lehrerbildung. So ist die Lehrerbildung an den Pädagogischen Hochschulen in dieser Beziehung — im Vergleich zu den Universitäten — als den heutigen Verhältnissen weitgehend angepaßter zu bezeichnen.

Es handelt sich hierbei in erster Linie darum, die Lehrer mit soziologischer Denkweise vertraut zu machen, die sie befähigt, in Fächern wie Geschichte, Gegenwarts- oder Bürgerkunde, im Deutschunterricht, in Geographie und auch in den Fremdsprachen auf eine verstärkt soziologische Betrachtungsweise hinzuwirken. Es kann nicht erstrebt werden, etwa die „Soziologie“ als Unterrichtsfach in die höheren Schulen einzuführen, wichtig jedoch ist, daß ein sozialwissenschaftlicher Aspekt in den Unterricht höherer Lehranstalten hineinkommt⁹⁾. Die Erfahrungen in anderen Ländern beweisen außerdem, „wie wesentlich die sozial wissenschaftliche Ausrichtung des Unterrichts schon in den Volks- und Mittelschulen für die Gestaltung und das Ansehen der Sozialwissenschaften an den Universitäten ist“.

Auf die vielen anderen Schularten und Bildungsinstitute, auf die die Konferenzteilnehmer noch eingegangen sind (Ingenieurschulen, Wohlfahrtsschulen, Berufs- und Fachschulen, Volkshochschulen, christliche Sozialakademien usw.), kann nur noch hingewiesen werden. Nichts kann wohl deutlicher unterstreichen als diese Vielfalt der Bildungsstätten, wie eminent wichtig gerade eine sozialwissenschaftliche Ausbildung künftiger Pädagogen ist. In diesem Punkte waren sich alle Konferenzteilnehmer einig. Daß indessen eine so weitgeplante sozialwissenschaftliche Fundamentierung des gesamten Unterrichts in Deutschland zuerst bei den Universitäten anzusetzen hat, ist eine notwendige Konsequenz, die jeder ziehen muß. Wenn man nur die Hälfte der in Köln geäußerten Gedanken verwirklichte, käme dies einer einschneidenden, aber sehr notwendigen Reform unseres Hochschulwesens gleich.

8) Prof. H. L. Stoltenberg, Referat über Pädagogische Hochschulen auf der Kölner Konferenz.

9) Vgl. Dr. E. Linpinsel, Unterricht an anderen Schulen, Referat auf der Kölner Konferenz.